

Tuki, Daniel

Article

Militär und Demokratie: Hintergründe des Putsches in Niger 2023

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Tuki, Daniel (2024) : Militär und Demokratie: Hintergründe des Putsches in Niger 2023, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 184 (2/24), pp. 31-34

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327911>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Militär und Demokratie

Hintergründe des Putsches in Niger 2023

Der Staatsstreich in Niger im Juli letzten Jahres lenkte die internationale Aufmerksamkeit plötzlich und kurz auf den westafrikanischen Binnenstaat. Regierungen und Nichtregierungsorganisationen verurteilten den Umsturz einhellig. Doch wie steht es um die Haltung der Bevölkerung? Daniel Tuki hat Umfragedaten untersucht. Er stellt fest: Demokratie überzeugt nicht per se. Regierungen werden daran gemessen, ob sie in der Lage sind, die Lebensbedingungen der einfachen Leute zu verbessern.

Daniel Tuki

General Abdourahmane Tchiani, der den Putsch inszenierte und den bisherigen Präsidenten Mohamed Bazoum absetzte, begründete den Umsturz mit der zunehmenden Korruption in der demokratischen Regierung, mit Unsicherheit und dem schlechten Zustand der nigrischen Wirtschaft. Verschiedene Regierungen und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) verurteilten den Putsch – die ECOWAS kündigte sogar ihr militärisches Eingreifen an.

Doch es gab auch Unterstützung für die Militärjunta. Die Militärregierungen von Mali und Burkina Faso zeigten sich mit den Putschenden solidarisch und versprachen, sie militärisch zu unterstützen, falls sie von außen angegriffen werden sollten. Die russische Regierung verurteilte den Staatsstreich und forderte die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, aber Jewgeni Prigoschin, der inzwischen verstorbene Chef der berühmten Wagner-Gruppe, begrüßte den Staatsstreich als einen Schlag gegen den westlichen Imperialismus. Es muss gesagt werden, dass sich in Niger, Mali und Burkina Faso eine antifranzösische Stimmung entwickelt hat. Die Führer dieser Länder kappen ihre Bezie-

hungen zum Westen, insbesondere zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, und versuchen, engere Beziehungen zu Russland aufzubauen. Auch in der nigrischen Bevölkerung gab es offene Ablehnung der französischen Präsenz im Land und Unterstützung für die Militärjunta. Einigen Berichten zufolge könnte die Absicht von Präsident Bazoum, die Präsidialgarde umzustrukturieren, den Staatsstreich ausgelöst haben. Die Wissenschaftler Aoife McCullough und Adam Sandor sehen in der Opposition der Junta gegen die französischen Truppen im Land, in ihrem Kampf für die Wiederherstellung der Souveränität Nigers und der Kritik an der Politik der Vorgängerregierung, Aufstände zu bekämpfen, Strategien, mit denen sie um Unterstützung im Militär und in der nigrischen Bevölkerung warb.

Wie steht es tatsächlich um den Rückhalt für den Putsch? Die Sichtweise von Regierungen und internationalen Organisationen auf den jüngsten Staatsstreich in Niger ist, folgt man Medienberichten, einhellig negativ. Sehr wenig ist aber darüber bekannt, was die einfachen Menschen in Niger über die Militärregierung denken. Es gibt zahlreiche Studien über die Einstellung zur Demokratie, aber nur wenige über die Einstellung zur Militärherrschaft. Im Allgemeinen wird unterstellt, das Militär werde eher abgelehnt. Diese

wenig belegte Annahme hat mich dazu veranlasst, empirisch zu untersuchen, wie Unsicherheit, Korruption und Armut die Unterstützung für eine Militärregierung beeinflussen.

Zunächst jedoch ein kurzer Rückblick in die Geschichte Nigers. Denn der Staatsstreich vom Juli 2023 war bereits der fünfte seit Nigers Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft im Jahr 1960. Der erste Putsch fand 1974 statt und führte zum Sturz von Hamani Diori, dem ersten demokratischen Präsidenten des Landes. Der Putsch war das Resultat mehrerer Faktoren: Dioris Regime war repressiv und duldete keine Opposition, die Beziehungen der Regierung zu Frankreich waren von Klientelpolitik und Korruption geprägt, die Bevölkerung versank infolge von Dürre in Armut. Der Putsch von 1974 wurde von vielen Menschen in Niger als Korrektiv empfunden und mit Erleichterung aufgenommen.

Nach fast zwei Jahrzehnten Militärrherrschaft führten anhaltende Proteste der nigrischen Bevölkerung zu einem Übergang in demokratische Verhältnisse. Auslöser der Proteste waren die sozioökonomischen Härten, die die vom Internationalen Währungsfonds verordnete Strukturanpassung mit sich brachten. Bei den Wahlen 1993 wurde Mahamane Ousmane zum Präsidenten gewählt. Er setzte allerdings das Programm der Strukturanpassung fort, dessen Abschaffung er versprochen hatte, was die Lage der Bevölkerung weiter verschlechterte. Massenproteste gegen die zivile Regierung waren die Folge. Darüber hinaus untergruben Unstimmigkeiten zwischen dem Präsidenten und seinem Premierminister Hama Amadou sowie eine Blockadesituation zwischen Regierung und Opposition im Parlament den demokratischen Prozess. Als Oberst Ibrahim Baré im Januar 1996 den zweiten Staatsstreich in Niger durchführte, gab es keine Proteste der Bevölkerung zugunsten der demokratischen Regierung. Ibrahim Baré organisierte Wahlen und setzte sich selbst als Präsident ein.

Der dritte Staatsstreich in Niger im Jahr 1999, in dem Baré getötet wurde, brachte Major Daouda Malam Wanké ins Präsidentenamt. Im selben Jahr erarbeitete er eine neue Verfassung und organisierte Wahlen, die Mamadou Tandja zum Präsidenten machten. Zur Krise kam es, als Tandja nach zwei fünfjährigen Amtszeiten eine Verfassungsänderung anstrebte, um für weitere drei Jahre im Amt bleiben zu können. So kam es zu Nigers viertem Staatsstreich im Jahr 2010,

Daniel Tuki ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Er forscht über interkommunale Konflikte und wirtschaftliche Entwicklung.
daniel.tuki@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

durch den Tandja aus dem Amt gedrängt wurde. Innerhalb eines Jahres organisierte das Militär Wahlen, die Mahamadou Issoufou zum Präsidenten machten. Nach zwei Amtsperioden übergab er 2021 die Macht an Mohamed Bazoum. Dies war die erste Machtübergabe zwischen zwei demokratisch gewählten Regierungen in der Geschichte Nigers seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960. Bazoum übernahm das Präsidentenamt in einer turbulenten Zeit, in der Niger mit großer Armut, ethnischen Streitigkeiten und Aufständen durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram und den Islamischen Staat zu kämpfen hatte. Diese Krisen erschwerten die Bemühungen der Regierung, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Bazoum konnte seine erste Amtszeit nicht beenden, da er beim fünften Staatsstreich im Juli 2023 aus dem Amt gedrängt wurde.

Hier müssen einige Fakten über die sozioökonomischen Bedingungen in Niger unmittelbar vor dem Putsch 2023 aufgezählt werden. Die Datenbank des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zeigt, dass Niger im Jahr 2021 einen Human Development Index von 0,4 hatte – das ist einer der niedrigsten Werte weltweit (nur der Tschad und der Südsudan schnitten noch schlechter ab). Der Index misst das menschliche Wohlergehen anhand der Dimensionen Lebenserwartung, Bildung und Einkommen (dabei reicht er von 0 bis 1). Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Afrobarometer zeigte für das Jahr 2022, dass 77 Prozent der Nigrer*innen in den letzten zwölf

Monaten mindestens „einige Male“ ohne Nahrung auskommen mussten. 45 Prozent von ihnen hielten die wirtschaftliche Lage im Land für „sehr schlecht“ oder „schlecht“. Auf die Frage nach ihren eigenen Lebensbedingungen gaben 38 Prozent an, diese seien „sehr schlecht“ oder „schlecht“. 47 Prozent der Nigrer*innen waren der Meinung, die wirtschaftliche Lage des Landes habe sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. 49 Prozent der Befragten verfügten über keine formale Bildung, und 45 Prozent waren der Meinung, das Ausmaß der Korruption im Land habe in den letzten fünf Jahren zugenommen.

Die desolote sozioökonomische Lage Nigers ist in gewisser Weise paradox, denn das Land ist sehr reich an natürlichen Ressourcen, insbesondere an Uran. Niger liefert an Frankreich und andere EU-Länder Uran, das dort in Kernkraftwerken zur Stromerzeugung benötigt wird, und gleichzeitig zeigt die Afrobarometer-Umfrage, dass 2022 in Niger selbst nur 26 Prozent der Menschen an das nationale Stromnetz angeschlossen waren. Tatsächlich importiert Niger Strom aus dem südlichen Nachbarland Nigeria. Eine der ersten Maßnahmen gegen das Militär, die die ni-

gerianische Regierung nach dem Putsch ergriff, war die Unterbrechung der Stromzufuhr. Einige Demonstrierende, die zur Unterstützung der Militärjunta auf die Straße gingen, warfen Frankreich vor, die gerade gestürzte demokratische Regierung kontrolliert und das Land seiner natürlichen Ressourcen beraubt zu haben, während die einfachen Leute arm und mittellos blieben. Tatsächlich übte Frankreich auch nach der Unabhängigkeit Nigers im Jahr 1960 immer noch einen starken Einfluss auf die Wirtschaft des Landes aus. Der Umweltwissenschaftler Franklin Charles Graham erklärte 2010: „Während der Entkolonialisierung beeinflusste Frankreich die Wahl eines pro-französischen Führers namens Hamani Diori und sicherte seiner Atomenergiekommission 83 Prozent der Kontrolle und der Anteile an der Uranmine, während 17 Prozent der nigrischen Regierung überlassen wurden.“ Richard Higgott und Finn Fuglestad kommentierten die Struktur der nigrischen Regierung nach der Unabhängigkeit wie folgt: „Mit mehr als 90 französischen Staatsbürgern, die über die gesamte Verwaltungsstruktur verteilt waren, hatte Niger verhältnismäßig gesehen eine der am wenigsten afrikanisierten Regierungen des frankophonen Afrikas.“

Vor dem Hintergrund dieser Einblicke in Geschichte und Ökonomie des Staates Niger sei nun die Frage erneut gestellt: Was lässt sich über die Haltung der Bevölkerung zu demokratischen oder militärisch dominierten Regierungen sagen? Die Daten des Afrobarometers von 2022 zeigen, dass die Nigrer*innen im Allgemeinen keine starke Abneigung gegen eine Militärregierung hegten. Tatsächlich billigten 50 Prozent von ihnen die Militärherrschaft. Außerdem stimmten 70 Prozent der Befragten der Aussage zu, das Militär solle eingreifen, wenn die demokratisch gewählte Regierung korrupt ist. Über ein Regressionsmodell konnte ich berechnen, dass Menschen, die die demokratische Regierung für korrupt hielten, eine Militärregierung eher befürworteten. Korruption könnte also das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Institutionen untergraben und sie dazu veranlassen, militärisches Eingreifen für ein probates Mittel zur Eindämmung der Exzesse der demokratischen Regierung zu halten. Ich fand auch heraus, dass Menschen, die gewaltsamen Konflikten ausgesetzt waren, dazu neigen, die Militärherrschaft zu unterstützen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Menschen das Gefühl haben, dass eine Militärregierung das Problem der Unsicherheit besser lösen kann. Daten aus dem Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) zeigen, dass 2022 – das Jahr unmittelbar vor dem jüngsten Staatsstreich – das Jahr mit den meisten gewaltsamen Konflikten in Niger seit 1997 war. Ich hatte erwartet, dass arme Menschen eine Militärregierung eher unterstützen würden, weil sie frustriert sind, dass die demokratische Regierung nicht genug getan hat, um ihre Lage zu verbessern. Doch ich musste feststellen, dass die Armen, insbesondere in ländli-

chen Gebieten, eine Militärregierung eben nicht unterstützen. Wie ist das zu erklären? Ein Grund könnte sein, dass ein Staatsstreich die Klientelnetzwerke zwischen Politikern und Bevölkerung aufbricht, von denen die Armen profitieren. Es könnte auch sein, dass es den Armen gleichgültig ist, ob sie eine Militärregierung oder eine demokratische Regierung haben, weil sie davon ausgehen, dass keine von beiden ihre sozioökonomische Situation verbessern kann; dennoch ziehen sie letztlich die Demokratie vor, weil sie immerhin einen Anschein von Freiheit bietet.

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für Niger und andere Länder in Subsahara-Afrika? Um den jüngsten Staatsstreich in Niger vollständig zu verstehen, muss er vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung des Landes seit seiner Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft gesehen werden. Das Militär war stets auf der politischen Bühne präsent. In der begleitenden Forschung wurden frühere Interventionen des Militärs – insbesondere die von 2010 – teilweise als „korrigierend“ und „pro-demokratisch“ bezeichnet. Außerdem ist es in Niger nicht ungewöhnlich, dass demokratische Regierungen autoritäre Tendenzen zeigen. Wenn afrikanische Regierungen die Demokratie stärken und die Unterstützung für militärische Interventionen schwächen wollen, müssen sie Probleme wie gewaltsame Konflikte und Korruption angehen, da diese das Vertrauen der Menschen in demokratische Institutionen schwächen. ●

Dieser Beitrag beruht auf folgendem Artikel: Tuki, Daniel: „What does the Population in Niger Think About a Military Government?“ In: Democratization, 2024. DOI: 10.1080/13510347.2024.2341314.

Literatur

Graham, Franklin Charles: „What the Nigerien Coup d'État Means to the World“. In: *Review of African Political Economy*, 2010, Jg. 37, H. 126, S. 527–532. DOI: 10.1080/03056244.2010.530951.

Higgott, Richard/Fuglestad, Finn: „The 1974 Coup d'État in Niger: Towards an Explanation“. In: *Journal of Modern African Studies*, 1975, Jg. 13, H. 3, S. 383–398. DOI: 10.1017/s0022278x00052332.

McCullough, Aoife/Sandor, Adam: „Briefing: How a Mutiny Became a(nother) Coup: The Politics of Counterinsurgency and International Military Partnerships in Niger“. In: *African Affairs*, 2023, Jg. 122, H. 489, S. 587–601. DOI: 10.1093/afraf/adad034.